

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden.
Jahresabonnement: Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauspostamt:
Gebr. Krensch, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringertosen monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Lippen 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.
Leserbriefe nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Mittwoch den 6. November 1918.

29. Jahrg.

Waffenstillstandsfrage und amerikanische Senatswahlen.

Kaiserfrage und Frieden.

„Schluß mit der Kaiserfrage“, so rief unlängst die deutsche Volkszeitung. Die Abdankung des Kaisers habe keinen Einfluß auf die Friedensgestaltung.

Eine größere Zurückführung der öffentlichen Meinung ist kaum denkbar. Neutrale Stimmen aus dem Ausland lehren genau das Gegenteil! Wie wir aus bestinformierter Quelle erfahren, läßt sich die Meinung neutraler politischer Kreise etwa folgendermaßen umschreiben: In der Entente-Diplomatie bildet der Präsident Wilson zweifellos das gemäßigtere Element, was die Frage der Deutschland zu stellenden Friedensbedingungen anbetrifft. Nun ist Wilson innerhalb Amerikas keineswegs so allmächtig, wie das hier oft dargestellt wird. Die Machtfülle des Präsidenten ist zwar recht erheblich, aber entsprechend dem demokratischen Charakter des Landes doch nur so lange, als sich der Präsident in Übereinstimmung mit der Volksmeinung befindet.

Nun arbeitet aber die amerikanische Partei der Republikaner, an ihrer Spitze die ehemaligen Präsidenten Taft und Roosevelt, im Sinne der extremen Annexionspolitik vom Schicksal Clemenceaus heftig gegen Wilson. Bei den Kongresswahlen ist dieser Gegenstand zur Wahlparole geworden. Wilson verlor im Kongreß über nur eine sehr kleine Mehrheit von etwa sieben Stimmen. Verliert er diese, so ist keine Aussicht eines Gerechtigkeits-Friedens und Waffenstillstands mehr ersichtbar, wenn nicht bereit. In Europa kann das Wahlergebnis nicht vor heute mittag bekannt werden.

Wilson könnte sehr wohl das amerikanische Volk für seine Ideen gewinnen, aber dazu ist Voraussetzung, daß sich in ganz Amerika die Ueberzeugung von der demokratischen Umwandlung Deutschlands verbreitet. Nun aber hat der Durchschnits-Amerikaner von der deutschen Verfassung nur sehr vage Vorstellungen. Die jetzigen Reformen imponieren ihm nicht, weil er ihren Sinn nicht begreift. Wie alle normale Menschen neigt er dazu, zu verurteilen, und das trügere deutsche System wurde in Amerika bisher immer durch die Person des Kaisers dargestellt. Die Abdankung des Kaisers wäre daher ein Akt, den jeder Amerikaner sofort begriffe, sie würde das ganze amerikanische Volk mit einem Schlag von dem Umsturz in Deutschland überzeugen.

Bei diesem Sachverhalt gibt es kaum ein Wort, das nicht genug wäre für die, die das deutsche Volk in dem Glauben von der Bedeutungslosigkeit der Kaiserfrage einwickeln wollen. Wie immer, so erweisen auch hier die Demagogen der Krone den schärfsten Dienst. Denn bleibt der Kaiser, und kommt es zu einem schlechten Frieden, so wird von ganzen Völkern allein seinem Bleiben die Schuld hieran zugewiesen werden.

Die Fraktionen zur Abdankungsfrage.

Nach Berliner Meldungen fand gestern im Reichstag eine interfraktionelle Besprechung statt, an der die parlamentarischen Staatssekretäre teilnahmen. Es wurde zunächst die allgemeine politische Lage ausführlich besprochen, worauf die Förderung der Kaiserfrage zur Sprache kam. Die Rationalisierern hielten an dem bereits von uns gemeldeten Standpunkt fest, daß die Monarchie das Symbol der deutschen Einheit sei und daß mithin von einer Beilegung der Monarchie keine Rede sein könne. Diese Auffassung wurde von den Vertretern des Zentrums geteilt und unterstützt, während die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei in dieser Frage geteilter Meinung waren.

An der heutigen Fraktionsführung der Sozialdemokraten steht ebenfalls die Frage der Abdankung des Kaisers auf der Tagesordnung. Von bürgerlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß das Programm der Mehrheitsparteien, auf das sich auch die neue Regierung gestellt hat, die Forderung der Abdankung des Kaisers nicht enthalten hat. Sowie ist es wohl sicher, daß der Ausgang der heutigen sozialdemokratischen Fraktionsführung für die innerpolitische Lage von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Bruch mit Rußland.

Die deutsche Regierung hat die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen. Ueber die Gründe dieses plötzlichen Bruches berichtet Wolffs Bureau folgende amtliche Darstellung:

Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Forderungen dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werden und daß der immer noch ungeklärte Vor-

Ein Aufruf zur Vernunft.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Das furchtbare Völkermorden geht zu Ende, es kann kein Gebante daran sein, es noch weiter fortzusetzen. Der Friede kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Politisch wird es sich darum handeln, die erregungen demokratischen Begehren zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes beschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verdrängt werden.

Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag.

Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Übergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsermittlung und eine ausgedehnte Unterstützung der Arbeitslosen notwendig.

Diese Aufgaben können aber unmöglich gelöst werden, wenn alles brunter und brüher geht.

Anteilen an Rußland, so wird die jetzt schon unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten. Die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungerode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu behelligen wissen werden. Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gemäßigten des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht.

Unfliehen und Unruhe, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimlichenden Kriegsgewinnen aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Leid im Gefolge haben werden.

an dem Gefandten Mirbach ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung ist ersucht worden, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Gleiches sind die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen worden.

Vor zwei Tagen erst wies eine amtliche Erklärung der deutschen Regierung die Vorwürfe gegen die russische Politik als gänzlich unbewiesen zurück, kündigte aber entscheidende Schritte an, wenn ein trotz allem vorliegender Verdacht sich als begründet erweisen sollte. Diese Vorwürfe liegen nun vor. Eine ebenfalls amtliche Meldung berichtet:

† Berlin, 6. November (Amstsch.) Am 4. November traf von Moskau kommend der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Kuriertragnen des Gepäcks vom Schuttschlag wurde eine Kiste durch Anstoßen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum bintischen Kampf aufzurufen. Eine der Flugblätter, das von der Gruppe „International“ (Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthielt einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Revolutionskampf und Terror aufzufordert. Auf Befehl der Schutzbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum abgestellt und das notwendige Amt benachrichtigt, um die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Die Folgen des nun vollzogenen Bruches werden lediglich die sein, daß nun die deutsche Grenze für die Einfuhr bolschewistischer Revolutionärspropaganda gesperrt sein wird. Das ist das gute Recht der deutschen Regierung, sich gegen jede energiegeloste Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten energisch zu wehren. Es ist aber interessant, daß gerade die Blätter der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie diesen Schritt nicht schon längst getan habe, die seinerzeit Begeisterung ja und Amen sagten, als sich die alte deutsche Regierung mit Maschinenengewehren und Bajonetten in innere russische, ukrainische und finnische Angelegenheiten einmischte und jene schweren politischen Fehler beging, für die das deutsche Volk heute die Buße bezahlen muß.

Joffes Abgang.

Berlin, 6. November. Der Berliner diplomatische Vertreter der russischen Sowjetrepublik, A. Joffe, verläßt heute mit dem gesamten Personal der Volkskraft Berlin. Herr Joffe wollte gestern nachmittag beim Staatssekretär Solf, der ihm die sofortige Abreise nahelegte. Auch die Berliner Stelle der russischen Telegrammagentur (Kosla) ist gestern nachmittag aufgehoben worden.

Stamm und soll bestimmen die Arbeiterklasse auf irgendwelche Forderungen bezichtigen, die ja im Interesse ihrer künftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit zu tun? Wir sagen actual wieder würde sie auch die härtesten Folgen für sich selber auf sich nehmen!

Die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesem Kriege gebracht hat, berechtigen es zu weitgehenden Forderungen. Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus. Aber dieser gewaltige Umbau der Gesellschaft kann nicht in Tagen und Wochen vollendet werden, dazu wird noch viel Kampf und Arbeit notwendig sein.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unsren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Wir sind eine Kraft, wenn wir einig sind, machen wir von dieser Kraft Gebrauch! Aber halten wir uns, leichtfertig und ohne Not ein Chaos herbeizurufen, in dem wohl auch unsere Gegner, aber auch wir auf's schwerste leiden müssen!

Darum richten wir an Euch den Ruf: Ersetzt in Massen euren die politische Organisation der Sozialdemokratie, in die modernen, steten Bewerkschaften! In diesen Organisationen könnt Ihr das vorwärtstreibende Element sein. Aber hütet Euch vor Beschränkung, vor Arbeiter-Bruderkrieg und vor den nachlässigen unverantwortlichen Elementen, die Euch zu unbesonnenem Vorgehen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen. Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dorthin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen.

Es geht um Euch und Eure Kinder! Darum noch einmal: Wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen 3 Bünde, sondern das Ganze geschlossen zusammen zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Ergebnis in Kiel.

Die Darstellung der Vorgänge in Kiel, die wir gestern nach Meldungen bürgerlicher Blätter brachten, entspricht leider den Tatsachen. Das Blut ist geflossen. Injungen militärischer Mithierich, dem die Verantwortung für die nachwichtige Sicherheit trifft, hat die Beklädte dieser Lage unzulässig mit dem Blute der Bürger jenes Volkes bedeckt, jenes Volkes, von dessen heroischen Mut und dessen Opferfreudigkeit die Uebervorteilung dieses militärischen Gewaltregimes nicht genug zu jagen und zu sagen wußten, wenn es sich darum handelte, dieses Volk für alldeutsche Eroberungsphantasien zu bewahren. Die Regierung wird gründlich zu prüfen haben, wenn die Verantwortung für dieses Blutvergießen trifft, und sie wird die Schuldigen unumwunden zur Rechenschaft ziehen müssen.

Ueber die Ueberlieferung „Es wird Wandel geschaffen“ teilte die Schilling-Vollstetische Volkszeitung mit:

Die bedauerlichen Vorgänge in Kiel haben uns veranlaßt, sofort einen Vertreter nach Berlin zu entsenden. Genosse Kuchta hat heute früh mit der Regierung verhandelt. Er trifft abends wieder in Kiel ein, und dann wird gehandelt und Wandel geschaffen werden. Genosse Ebert hat seinen Zweifel mehr darüber gelassen, was ja von vornherein feststand, daß die Partei jede nutzlose Fortführung des Kampfes ablehnt. Sie bietet angesichts der gegenwärtigen innerpolitischen Lage und des entschlossenen Willens der Regierung einzugreifen, dringend, daß die Arbeiter in den Betrieben bleiben.

Ueber die Vorgänge wird weiter gemeldet: Am Montag abend wurden Verhandlungen der Matrosen mit dem Gouverneur und dem Staatssekretär Gaußmann als Vertreter der Regierung geschlossen, in denen ein Teil der Forderungen der Matrosen erfüllt wurde. Staatssekretär Gaußmann sagte weitest Entgegenkommen zu. Es herrscht Ruhe und Ordnung in Kiel. Auf dem Hamburger Werften war am Montag eine Bewegung vorhanden, die sich für einen Symptombestreif erklärte. Die besonnenen Elemente behielten aber die Oberhand, und es ergab sich ohne Ausnahmung auf sämtlichen Werften keine Arbeitsniederlegung, jedoch wurden von den Arbeitern Kommissionen gewählt, durch die den Arbeitgeber verschiedene Wünsche unterbreitet wurden. Staatssekretär Gaußmann ist gestern wieder aus Kiel in Berlin eingetroffen, während der Abgeordnete Rodde in Kiel geblieben ist. Gestern abend fand eine Sitzung des Kriegskabinetts statt, in der Gaußmann Bericht erstattete.

Kein Arbeiterrat in Stuttgart.

Stuttgart, 5. November. Von der Bildung eines Arbeiterrates, von dem in den Abendblättern die Rede ist, ist nichts bekannt geworden.